

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 89 846 ppbn d

Inhalt

Annemarie Renger MdB zum
40. Jahrestag der Gründung
Israels: Juden und Araber
müssen lernen, sich gegenseitig
zu respektieren.

Seite 1

Gerhard Schmid MdEP zum
Ausweis-Chaos in deutschen
Meldeämtern: Zimmermanns
Beharren auf der Maschinen-
lesbarkeit rächt sich.

Seite 3

Dr. Dieter Spörl MdB zur
Sonntagsarbeit bei IBM: Das
gesellschaftliche Scheunentor
ist geöffnet.

Seite 4

Norbert Gansel MdB zum
Tode von Abu Dschihad:
Ein Anschlag auf den Beginn
des Friedensprozesses.

Seite 6

43. Jahrgang / 76

21. April 1988

Gedanken zum 40. Jahrestag der Gründung Israels

Juden und Araber müssen lernen, sich gegenseitig zu respektieren
und in gesicherten Grenzen zusammenzuleben

Von Annemarie Renger MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Wenn heute, am 21. April 1988, der 40. Jahrestag der Gründung des Staates Israel feierlich begangen wird, so ist das ein Anlaß zur Freude darüber, daß dieser junge Staat für die Juden in aller Welt, die seit Jahrtausenden verfolgt, gedemütigt und in der äußersten Perversion durch den Nazismus der „Endlösung“ zugeführt werden sollten, zu einer nationaler Heimstatt geworden ist. „Nächstes Jahr in Jerusalem“, dieser Traum ist Wirklichkeit geworden. Und die Israelis haben aus Steinen Brot gemacht.

Aber nicht erfüllt hat sich bisher die Hoffnung Ben Gurions, des ersten Ministerpräsidenten Israels, daß Juden und Araber in friedlicher Nachbarschaft zusammenleben könnten. Schon am Tag nach der Gründung des israelischen Staates, am 14. Mai 1948, fielen die arabischen Nachbarn in das von den Vereinten Nationen den Juden übereignete ehemalige britische Mandatsgebiet ein und in zwei Kriegen, 1967 und 1973, konnten sich die Israelis ägyptisch-arabischer Aggressionen erfolgreich erwehren.

Ein möglicherweise übersteigertes, aber verständliches Sicherheitsbedürfnis auf israelischer Seite und fehlende Verhandlungsbereitschaft auf arabischer Seite, ausgenommen Ägypten nach 1973, machten alle Friedensperspektiven zunichte, mit dem bedauerlichen Ergebnis, daß zum Teil schon über zwanzig Jahre die arabische Bevölkerung im Westjordanland und in Gaza unter israelischer Besetzung leben muß.

Darüber wird übersehen, daß es zwischen der jüdischen und arabischen Bevölkerung in Israel wie auch in den besetzten Gebieten

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120406

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
with special printing
Kortina-Poster



viele Beispiele guter Zusammenarbeit, so zum Beispiel das Dorf Neve Shalom/Wahat al Salam, in Israel gibt. Aber über die Veränderungen, die sich durch die Eskalation der Gewalt in den besetzten Gebieten ergeben haben und die sich auch auf Israel selbst auswirken, sagt der Gründer dieses jüdisch-arabischen Dorfes: „Die fortgesetzte Besetzung von Gebieten seit über 20 Jahren destilliert immer mehr Gift in den Köpfen. Die jüdischen und palästinensisch-arabischen Jugendlichen haben nie eine andere Situation gekannt als die: sie sehen sich nur in den Beziehungen von Besetzten zu Besetzern, von Unterdrückten zu Beherrschenden. Menschen, die seit langem im Lande leben, spüren, wie sehr sich die Einstellungen verändert haben. Der Extremismus gewinnt immer mehr an Boden und erzieht zu Haß und Gewalt zwischen den beiden Brudervölkern.“ Da hilft es auch nicht, wenn sich die Israelis bemühen, den Lebensstandard in den besetzten Gebieten zu heben, Schulen und Krankenhäuser zu bauen. Die Tatsache, daß kein Volk von Dauer von einem anderen beherrscht werden will, kann man auch nicht mit guten Leistungen aus der Welt schaffen.

Die tägliche Gewalt, die Gegengewalt produziert, macht nahezu jede Friedensinitiative illusorisch. Das Geiseldrama, wie wir es gerade mit der kuwaitischen Verkehrsmaschine erfahren mußten und bei dem zwei Menschen ermordet wurden, darf nicht wieder Schule machen. Illegale staatliche Gewaltakte darf sich eine Demokratie nicht leisten, ja sie darf nicht einmal in die Nähe eines Verdachtes rücken. Mir scheint, es ist kurz vor Zwölf! Das macht eine politische Lösung des Konfliktes in dieser Region dringend notwendig.

So, wie seinerzeit der ägyptische Ministerpräsident Sadat den Zeitpunkt für gekommen hielt, eine Friedenshand auszustrecken, sollte dies jetzt von Israel ausgehen. Um diesen Prozeß einzuleiten, ist wohl eine internationale Friedenskonferenz geeignet, wie sie der amerikanische Außenminister vorgeschlagen hat, wobei klar ist, daß dort nur ein Rahmen abgesteckt werden kann, der durch bilaterale Verhandlungen komplettiert wird. Schirm und Garantie der Großmächte USA und UdSSR könnten erfolgversprechend sein ebenso wie die guten Dienste der Staaten der Europäischen Gemeinschaft, die zum wirtschaftlichen Aufbau beitragen sollten. Wir alle müssen verhindern, daß das Pulverfaß Naher Osten, das durch den Golfkrieg zwischen dem Iran und dem Irak zündelt, auf die anderen Gebiete übergreift.

Die Juden und Araber müssen lernen, sich gegenseitig zu respektieren und in gesicherten Grenzen zusammenzuleben.

(-/21.4.1988/rs/ks)

* * *

Ausweis-Chaos in deutschen Meldeämtern

Zimmermanns Beharren auf der Maschinenlesbarkeit rächt sich

Von Gerhard Schmid MdEP

Das Chaos um die Ausgabe der neuen europäischen Ausweise und Reisepässe ist eine Blamage. Die Wartezeiten von mittlerweile über drei Monaten zur Erlangung eines solchen Dokuments gibt es in keinem anderen EG-Land. Die Hauptursache für dieses Durcheinander bei den Europausweisen ist darin zu sehen, daß die Bundesrepublik Deutschland neben Großbritannien das einzige EG-Land ist, das auf einer Maschinenlesbarkeit der Ausweise bestanden hat.

In allen anderen EG-Staaten geht es auch so, und noch dazu billiger, denn die Maschinenlesbarkeit macht den Ausweis zusätzlich teuer. Hauptschuldiger an der Misere ist Bundesminister Zimmermann. Sein stures Festhalten an der Maschinenlesbarkeit der Ausweise hat bereits in der Vergangenheit dazu geführt, daß die festgelegten Ausgabetermine nicht eingehalten werden konnten.

Eigentlich hätten die neuen Ausweise schon seit fast dreieinhalb Jahren im Umlauf sein sollen. Jetzt rächt sich auch, daß der Innenminister den Vorschlag der Europa-Kommission des Deutschen Bundestages verworfen hat, die Ausweise vorläufig ohne elektronisch lesbare Seite herauszugeben.

Mittlerweile ist man jedoch umgeschwenkt. Vor vier Wochen hat der Innenminister eine Anregung an die Länder veröffentlicht, vorläufige Reisepässe für fünf Jahre auszugeben, die allerdings, um die Verwirrung komplett zu machen, wie die alten Reisepässe aussehen.

Zimmermanns Behauptung, die Maschinenlesbarkeit erleichtere die Grenzkontrollen, kann man nicht gelten lassen: In Zeiten des vermehrten Abbaus solcher Kontrollen als Voraussetzung für den gemeinsamen Binnenmarkt im Jahr 1992 ist diese Bemerkung töricht. Zudem hat die Erfahrung gezeigt, daß es für Terroristen kein Problem ist, mit Papieren einzureisen, die in ausländischen Botschaften gefertigt sind. Für Bundesbürger birgt die Maschinenlesbarkeit aber erhebliche Probleme im Bereich des Datenschutzes.

(-/21.4.1988/rs/ks)

* * *

Sonntagsarbeit bei IBM

Das gesellschaftliche Scheunentor ist geöffnet

Von Dr. Dieter Spöri MdL

Vorsitzender der baden-württembergischen SPD-Landtagsfraktion

Der Stuttgarter Regierungspräsident Manfred Bulling hat auf Antrag von IBM eine „befristete Duldung“ der Sonntagsarbeit im IBM-Werk Böblingen-Hulb und damit der hier praktizierten kontinuierlichen Chip-Produktion (= „Kont-Schicht“) ausgesprochen. Diese Entscheidung hat eine enorme gesellschafts-, wirtschafts- und gewerkschaftspolitische Tragweite.

Hier hat eine Verwaltungsinstitution, die hiermit reichlich überfordert gewesen ist, eine Entscheidung getroffen, die nicht einmal die Bezeichnung „Formelkompromiß“ verdient. Betrachtet man den Vorgang näher, so ist die befristete Genehmigung des Probetriebs mit Sonntagsarbeit für IBM eine Farce. Die für eine Entscheidung mit einer solchen weltreichenden gesamtgesellschaftlichen Tragweite notwendigen und gesetzlich vorgeschriebenen strengen Kriterien sind dabei übergangen worden.

Als ob nicht schon jetzt feststände, daß IBM mit Leichtigkeit den vom Regierungspräsidenten geforderten Nachweis führen kann, mittels der Sonntagschicht den Ausschuß von fünf Prozent zu vermindern und damit das Produktionsergebnis zu verbessern! Ein Betriebsleiter oder Fertigungsingenieur, der seiner Geschäftsleitung nicht schon heute dieses Ergebnis garantiert, ist sein Gehalt nicht wert. Ich bin mir sicher, daß der Stuttgarter Regierungspräsident schon jetzt genau weiß, wie seine Bewertung der sogenannten Produktionsdokumentation im Herbst dieses Jahres aussehen wird.

Im Kern ist die befristete Genehmigung eine Beruhigungspille mit Placebo-Wirkung. Denn die scheinbare Probs aufs Exempel ist bestenfalls die dürftige Verbrämung einer bereits gefallenen Entscheidung.

Die Frage der Sonntagsarbeit ist ein fundamentales Problem der künftigen Arbeitsorganisation. Umso fragwürdiger ist es, wenn - auf der Grundlage einer rechtlich mangelhaften Einzelfallentscheidung durch eine Verwaltungsbehörde - eine grundsätzliche Weichenstellung vorgenommen wird, die nicht nur für eine ganze Branche, sondern darüber hinaus für die Gesamtwirtschaft unabsehbare Folgewirkungen entfalten wird. Denn trotz aller gegenteiligen Beteuerungen des Regierungspräsidentums Stuttgart ist damit zu rechnen, daß auch vielen anderen Betrieben ein ähnlicher Nach-

weis der Senkung der Ausschußquote durch „Konti-Schichten“ gelingt oder noch gravierendere betriebswirtschaftliche Argumente ins Feld geführt werden.

Der Vorstand der SPD-Landtagsfraktion hat deshalb einen Antrag beschlossen, mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, das Regierungspräsidium Stuttgart anzuweisen, die „befristete Duldungsverfügung“ zurückzunehmen und grundsätzlich zum Problem der Ausnahmen vom Verbot der Sonntagsarbeit Stellung zu nehmen. Für diesen Antrag, der selbstverständlich noch in der laufenden Wahlperiode beschieden werden kann und muß, spricht vor allem, daß das Genehmigungsverfahren nicht mit der erforderlichen Sorgfalt durchgeführt wurde.

In Anbetracht der gewerberechtlichen Ausgangslage ist auch schon zweifelhaft, ob die Behörde ihr Ermessen überhaupt richtig ausgeübt hat: Es muß sich nach der Gewerbeordnung nämlich um Arbeiten handeln, „welche zur Verhütung des Verderbens von Rohstoffen oder des Mißlingens von Arbeitserzeugnissen erforderlich sind“.

Aus dieser Formulierung ergibt sich, daß damit kaum die normale Produktion gemeint sein kann, sondern daß diese Vorschrift gesonderte und zusätzliche, schadensverhütende Arbeiten voraussetzt.

Auf jeden Fall aber ist es unmöglich, daß eine Verwaltungsbehörde mit einer zweifelhaften Entscheidung das Scheunentor öffnet für eine Entwicklung, die allein den betriebswirtschaftlichen Interessendruck bei ständig kapitalintensiveren Produktionsmethoden berücksichtigt, aber nicht die immensen gesellschaftlichen Folgewirkungen.

Die SPD-Landtagsfraktion im baden-württembergischen Landtag wird ein Forum veranstalten, auf dem die unterschiedlichen Standpunkte dargelegt werden sollen - nicht nur von Seiten der Geschäftsleitung und des Betriebsrats, sondern darüber hinaus auch von Gewerkschaftsorganisationen, Industrieverbänden, Kirchen und familienpolitischen Experten.

Die Betriebswirtschaft stößt dann an ihre Grenze, wenn sie nur noch der Verbesserung der Gewinn-situation zu Lasten der Menschen dient, die die Produktivität erarbeiten. So kann technologischer Fortschritt letzten Endes zu einem gesamtgesellschaftlichen Verlust an Lebensqualität führen. Es gibt scheinbare betriebswirtschaftliche Sachzwänge, der sich bei einer Gesamtabwägung die Politik nicht unterwerfen darf. Wir werden uns mit großem Ernst der Aufgabe unterziehen, die nötigen strengen Kriterien für diese Abwägung im Gespräch mit Betroffenen und Experten zu entwickeln.

(-/21.4.1988/vo-he/rs)

* * *

Ein Anschlag auf den Beginn des Friedensprozesses

Zum Tode von Abu Dschihad

Von Norbert Gansel MdB

Viele von uns haben in den vergangenen Tagen dem Bonner Vertreter der PLO Abdul Frangi zum Tode Abu Dschihads konduliert. Das verlangt der politische Anstand. Für die Palästinenser war Abu Dschihad einer ihrer bedeutenden und populären Führer. Für uns war er zu einem zu akzeptierenden Gesprächspartner geworden. Es war schließlich Zufall, daß die Delegation des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, die erst am 18. März 1988 in Tunis mit führenden Vertretern der PLO zusammengetroffen war, nicht auch mit Abu Dschihad gesprochen hatte.

Trauer ist auch eine Reaktion politischer Vernunft auf diesen Mordanschlag. Abu Dschihad war ein Organisator, der zwischen legitimem Widerstand und brutalem Terrorismus selbst das tödliche Attentat als Mittel der Politik eingesetzt hat. Er war aber auch ein Politiker, der erkannt hatte, daß auf dem Weg für sein Ziel eines palästinensischen Staates die Vernichtung des israelischen Staates weder möglich noch erforderlich war. Manche meinen, daß Abu Dschihad Kompromisse hätte mit tragen wollen, die dem legitimen Recht seines Volkes wie den Sicherheitsinteressen Israels entsprochen hätten. Der Mann, der den Aufstand der Steine gegen die Unterdrückung der Gewehre in den besetzten Gebieten organisierte, galt zwar noch nicht als Gemäßigter, aber auch nicht als Extremist.

Wer Abu Dschihad ermorden ließ, wollte keinen Ausgleich zwischen Israel und Palästinensern und keine Verhandlungen darüber. Mit diesem Mordanschlag wurde nicht nur der Shultz-Initiative der USA der Todesstoß versetzt, auch das Verhältnis zwischen Palästinensern und Israelis wurde nachhaltig vergiftet. Der Mordanschlag war auch ein Anschlag auf den Beginn eines Friedensprozesses. Wenn wir trauern, bewegt uns nicht die Biografie Abu Dschihads, sondern sein brutales Ende und die Opfer, die dieses Ende auf dem Weg zum Frieden weiter fordern wird, oder selbst nicht beendet sein kann.

Es ist zu begrüßen, daß Tunesien den Mordanschlag vor die UNO bringen wird. Er war schließlich auch ein Anschlag auf die Souveränität Tunesiens. Über die Verantwortlichen kann spekuliert werden, aber noch nicht geurteilt werden. Das sollten die Gremien der UNO tun. - Tunesien hatte in einer international dramatischen Situation der PLO eine Heimstatt geboten und ihren Abzug aus Beirut ermöglicht. Das war damals eine tapfere Tat, die allgemeine internationale Anerkennung fand. Dieser Staat ist dafür nun nach dem völkerrechtswidrigen Bombardement des PLO-Hauptquartiers vor drei Jahren durch die israelische Luftwaffe ein zweites Mal gedemütigt und „bestraft“ worden.

Tunesien hat Anspruch auf internationale Solidarität. Dazu sind auch die Bundesregierung und die europäische Gemeinschaft aufgefordert.

(-/21.4.1988/rs/ks)

* * *